

Haushaltsrede Dezember 2011

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wirtschaft und Soziales

Auch dieses Jahr wird der wirtschaftliche Erfolg wieder der Erfolg der Regierenden sein und die weltwirtschaftlichen Einflüsse sind in weiser Voraussicht so eingetroffen, wie man sie vorhergesagt hat. Wenn dann wieder Flaute angesagt ist, konnte das keiner ahnen. Die nächste Krise steht vor der Tür, aber diese Erkenntnis passt so gar nicht in die Realisierung von unsinnigen Großprojekten, die hohe Folgekosten auslösen, so dass man lieber eine jahrelange unrealistische Einnahmeseite prognostiziert, um ein Bild von zukunftssicherer Planung zu erzeugen. Wenn auch die Einnahmeseite momentan sehr erfreulich ist, so darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass die hohen Gewinne, die maßgeblich zu den hohen kommunalen Einnahmen führen, teilweise auch auf dem Rücken von Leiharbeitern und fragwürdigen Werksverträgen zustande kommen. So stehen im BMW-Werk Regensburg, um nur ein Beispiel zu nennen, Menschen am Fließband, die gerade einmal 7,79 Euro in der Stunde verdienen, wie der Betriebsrat berichtet. Die von allen als ihr Verdienst gefeierte wirtschaftliche Lage führt leider nicht zu einer breiten Einkommensverbesserung in den mittleren und unteren Einkommensschichten, sondern im Gegenteil zu einer Ausweitung prekärer Beschäftigung. Wenn schon eine Kommune nicht die Möglichkeit hat, diese Situation in entscheidendem Masse zu beeinflussen, so hat sie aus unserer Sicht dann aber die Pflicht, diesen Menschen durch eine massive Unterstützung ihren gerechten Anteil am Erfolg zu gewähren. Nichts dergleichen geschieht, es werden gerade einmal die gesetzlich geregelten Unterstützungen gewährt, die ohnehin viel zu niedrig angesetzt sind, wie höchste Gerichte feststellen. Aber auch an dem von Niedriglöhnern erarbeiteten Wohlstand der Kommune werden sie nicht in ausreichendem Maße beteiligt. Egal, ob wir von der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, von bezahlbarer Energie oder von kostenfreier Bildung reden, die Liste lässt sich natürlich beliebig verlängern, für diese wichtigen sozialen Aufgaben sind keine Mittel in nennenswertem Umfang vorgesehen. Die Schlangen vor den Tafeln und öffentlichen Kleiderkammern werden immer länger, die Altersarmut nimmt zu, es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Viele Studenten müssen froh sein, wenn sie in Sälen mit Matratzenlagern unterkommen oder mal da, mal dort in ihrem Freundeskreis eine Übernachtungsmöglichkeit finden. Aber hier wird gebetsmühlenartig wiederholt, dass es uns gut geht. Stellt sich die Frage, sind all diese Menschen nicht auch „uns“? Wenn wir dann durch die Unfähigkeit von führenden Politikern und Managern in der nächsten Krise landen und die Arbeitsplätze abgebaut werden, sind z. B. die prekär Beschäftigten die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren und das auszubaden haben, was sie nicht verursacht haben.

Raus aus der Kreisliga

Es gibt es ja viele Möglichkeiten Geld auszugeben. Eine davon ist die Förderung von Projekten, die dem Image der Stadt förderlich sind. Eine Fußballarena für den Profifußball ist so eine Investition. Sie wird von einer privatrechtlich organisierten Tochtergesellschaft der Stadt realisiert, was nicht eben zur Transparenz beiträgt und die wahren Kosten, vor allem des

späteren Unterhalts in der Bilanz des Unternehmens versteckt. Allen marktgläubigen Ökonomen hier sei gesagt, dass das den hoch gepriesenen Wettbewerb unter den Sportunternehmen im Fußball verzerrt. Aber hier gibt es natürlich kein Einschreiten der EU, wie bei der Querfinanzierung von Bädern und ÖPNV durch den Energieversorger. Die Kosten, die der Bau und der Unterhalt des Stadions verursachen, sind nicht gedeckt durch die Einnahmen aus der Vermietung. Ein sehr defizitäres Geschäft zu Gunsten eines Unternehmens mit Namen „SSV Jahn 2000 Regensburg GmbH & Co. KGaA“. Derzeit mag der finanzielle Aufwand keine Rolle spielen, aber es kommen auch wieder Jahre, wo die Einnahmen nicht sprudeln. Die Kosten für Kapitaldienst und Unterhalt werden aber weiterlaufen. Was werden wir dann nicht finanzieren können? Welche sinnvollen Dinge werden dann dem Rotstift zum Opfer fallen? Diese Fragen müssten beantwortet werden, wenn man denn wirklich vorausschauend planen wollte. Die Ausrichtung der U23 Leichtathletik-Europameisterschaft ist ein weiteres Beispiel für einen offensichtlich stattfindenden Wettbewerb unter Städten. Die Begründung von Herrn Bürgermeister Weber im Sportausschuss gipfelte in der Aussage, man müsse sich eben entscheiden, ob man weiter in der Kreisklasse spielen will oder in die Oberliga aufsteigen möchte. Wie muss man sich das vorstellen? Die Sportbürgermeister treffen sich bei einer länderübergreifenden Veranstaltung und jeder gibt nach Leibeskräften damit an, was in seiner Stadt für Veranstaltungen durchgeführt wurden. Oder irgendeine zweifelhafte neoliberale Stiftung gibt ein Ranking heraus, wo dann die Stadt Regensburg weit oben erscheint, weil sie die U23 Leichtathletik-Europameisterschaften ausgerichtet hat. Herr Hartl von der SPD hat in seiner Haushaltsrede im letzten Jahr von „populistischen Träumereien“ gesprochen, die die Opposition fordert. Herr Hartl fassen Sie sich an der eigenen Nase. Dass die Forderungen aus dem Spitzensport so hoch sind, liegt an der Bereitschaft der Städte, sich in einem unsinnigen Wettbewerb gegenseitig zu überbieten. Wenn so ein Wettbewerb unter Städten stattfindet, dann sollte aber eine andere Art des Wettbewerbs stattfinden, z.B. um die Stadt mit den wenigsten armen Kindern - oder die Stadt mit dem besten ÖPNV - oder die Stadt mit dem geringsten Unterschied in den Bildungschancen – oder die Stadt mit den meisten Krabbelstuben – oder die Stadt mit der saubersten Luft, etc.. Die Liste wäre beliebig verlängerbar und alles wäre sinnvoller als das, um was jetzt gerungen wird. Da wird ein Millionenbetrag in die Hand genommen, um wieder einmal die Spitze zu finanzieren und die Basis bleibt außen vor. Bürgermeister Weber hat versprochen, dass kein Sportverein weniger bekommt, was in keiner Weise nachprüfbar sein wird. Die entscheidende Frage aber wäre, was man mit diesen Mitteln im Amateursport alles hätte finanzieren können.

Verkehr:

Die grundsätzliche Überlegung muss sein, wie man eine Zunahme des Individualverkehrs vermeiden bzw. den Individualverkehr sogar reduzieren kann. Der ÖPNV muss so gestaltet werden, dass er wirklich zur Zeitersparnis der Leute beiträgt und von der preislichen Gestaltung her so attraktiv ist, dass die Menschen auch von daher gerne auf das Auto verzichten.

Angesichts der sich ständig verschlechternden Verkehrssituation kritisieren wir die halbherzigen und inkonsequenten Bemühungen. Zwar betont die Koalition einerseits immer wieder die Wichtigkeit des ÖPNV, auf der anderen Seite sind Sie nicht bereit, Geld für den schienengebundenen Nahverkehr auszugeben. Die Stadt müsste in der jetzigen Situation mit Hochdruck an der Planung arbeiten und dafür natürlich auch viel Geld in die Hand nehmen, was sich allerdings über einen längeren Zeitraum durchaus rechnen würde, da eine Stadtbahn wirtschaftlicher im Unterhalt ist.

Wenn in einer Stadt eine neue Straßen- oder S-Bahnlinie in Betrieb genommen wird, so zeigt die Erfahrung, dass die Erwartungen bezüglich der Zunahme der Fahrgastzahlen regelmäßig durch die tatsächliche Steigerung der ÖPNV-Nutzer übertroffen werden.

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass man das Geld für Projekte ausgeben könnte, die dem Image der Stadt förderlich sind. Ein schienengebundener ÖPNV, der auch das Umland besser anbindet, könnte in viel höherem Maße zum Imagegewinn der Stadt und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts beitragen. Überdies kann er entscheidend die Lebensqualität in unserer Stadt verbessern durch Reduzierung von Lärm, Abgasen, Feinstaub und dem Flächenverbrauch durch Straßenbau.

Des Weiteren wäre dies ein wesentlicher Beitrag zur Wohlstandssicherung, weil das Autofahren durch steigende Spritkosten im Verhältnis zu den Einkommen sehr viel teurer geworden ist.

Mehr Lebensqualität wird auch erreicht, wenn kostbare Lebenszeit nicht mehr in Staus oder durch lange Wartezeiten an den Bushaltestellen verbracht wird, damit man dann vielleicht den übernächsten Bus erwischt.

Es ist auch erstaunlich, dass man bei einer notwendigen Radbrücke vom Donaunordufer zum Grieser Spitz die hohen Kosten dafür sofort ins Feld führt, anstatt Maßnahmen zu unterstützen, um den Individualverkehr in unserer Stadt zu reduzieren.

Energetische Sanierungen

Wenn man sich die letzten Energieberichte der Stadt und den Bericht über das Ökoschulprogramm anschaut, dann stellt man fest, dass zweifellos sehr sinnvolle Projekte durchgeführt werden. Das Problem ist nur: Es ist immer noch viel zu wenig. Und die Hochglanzberichte zeigen nur auf, was gemacht wurde oder gerade gemacht wird wie z.B. die energetische Sanierung des Altbaus des Goethe-Gymnasiums. Sie führen aber leider nicht auf, was alles nicht gemacht wird, was aber dringend notwendig wäre und auch, was so schnell wie möglich umgesetzt werden müsste. Ich will hier gar nicht von dem misslungenen Neubau der Goethe-Turnhalle sprechen, bei der an Energieeffizienz überhaupt nicht gedacht wurde.

In energetischer Hinsicht ist der Zustand vieler Schulen teilweise katastrophal. Die vermoderten und undichten Fenster in der Kreuzschule bieten hierfür ein anschauliches Beispiel. Da nimmt man es hin, dass es hereinregnet und sich das Wasser dann auf den Fensterbrettern sammelt, dass die Heizenergie buchstäblich zum Fenster hinausgeblasen wird, dass die Gefahr besteht, dass Fensterscheiben herausbrechen, weil der Kitt schon so weit herausgebröckelt ist. Genauso z. B. am Siemensgymnasium, wo ein ganzer Gebäudetrakt wegen der kaputten, nicht mehr schließenden Fenster auch bei voll aufgedrehter Heizung nicht heizbar ist.

Diese Maßnahmen wurden mit hoher Dringlichkeit versehen. In der Schulausschusssitzung am 20. September haben Sie, Herr Bürgermeister Weber, die Notwendigkeit heruntergespielt. Hier liegt also kein Versäumnis des Hochbauamtes vor, sondern der Stadtspitze, die den Stadtrat wieder einmal nicht richtig informiert hat.

Die längst überfälligen energetischen Sanierungen werden auf die lange Bank geschoben mit der Begründung, dass nicht für alles Geld da wäre und deshalb nicht alles durchgeführt werden könne, was wünschenswert sei. Dabei steht es außer Frage, dass es wirtschaftlicher ist, die energetischen Sanierungsmaßnahmen vorzuziehen, da so früher Einspareffekte beim

Heizen erzielt werden können. Auch gestern wurde zum zweiten Mal unser Antrag hierzu abgelehnt.

Es ist schon seltsam: Im Zusammenhang mit der finanziellen Beteiligung der Stadt beim Museum der Bayerischen Geschichte - 10 Millionen oder mehr - werden Sie, Herr Oberbürgermeister, mit den Worten zitiert: "Regensburg ist keine ganz arme Stadt" Bei manchen Dingen aber scheint die Stadt so arm wie eine Kirchenmaus zu sein.

Vermutlich würden Sie alle hier im Stadtrat Nachhaltigkeitsziele im Sinne von Energieeffizienz und Klimaschutz als eminent wichtig ansehen. Bei den städtischen Liegenschaften würden vielleicht manche sagen, dass man nie alles auf einmal machen könne. Das ist zwar richtig. Festzustellen ist aber auch, dass Regensburg bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude und dem Klimaschutz bis jetzt keineswegs besonders ehrgeizige Ziele verfolgt hat. Beim Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe belegt Regensburg in der Teilnehmerklasse der Städte mit über 100.000 Einwohnern nur Rang 15 bei 20 teilnehmenden Kommunen. Auf der Homepage der Stadt brüstet man sich mit dem Titel „Klimaschutzkommune 2010“. Offensichtlich hat sich die Stadt den Titel selbst vergeben, in keinem Fall aber die Deutsche Umwelthilfe, wie uns von dieser mitgeteilt wurde. Die Stadt sollte das fairerweise berichtigen und dieses banale Greenwashing beenden.

Bildungsbereich

Wir vermerken erfreut, dass das IP für Schulen eine Steigerung auf über 90 Millionen € enthält. Damit wird allerdings nur teilweise der Investitionsstau behoben. Und es ist gar keine Frage, dass es begrüßenswert ist, dass nun endlich die Planungen für die FOS/BOS auf dem Gelände der ehemaligen Nibelungenkaserne begonnen wurden.

Die Freude wird allerdings getrübt durch das Hinausschieben längst überfälliger energetischer Sanierungen, die dadurch eine Menge Mehrkosten für Heizung erzeugen. Wir halten es angesichts der guten Haushaltslage auch in besonderem Maße für bedauernswert, dass man die geplante Einhäusigkeit der FOS/BOS nicht schneller in Angriff nimmt, obwohl SchülerInnen und Lehrkräfte an dieser Schule seit Jahrzehnten unter den Belastungen einer Mehrhäusigkeit leiden. Wie oft hat man den Menschen dort Versprechungen gemacht und dann nicht eingehalten.

Unverständlich ist auch, dass man mit den überfälligen Sanierungsmaßnahmen am Siemensgymnasium erst im Jahr 2015 beginnen will. Ich habe eben schon auf die Probleme des nicht mehr heizbaren Osttrakts hingewiesen. Aber dieses Gebäude ist insgesamt in einem miserablen Zustand. Z. B. ist die Fassade so baufällig, dass sie an vielen Stellen mit Kunststoffgittern gesichert werden muss, um gegen herabfallende Brocken zu schützen. Es besteht die Gefahr, dass vor dem vorgesehenen Sanierungsbeginn provisorische Reparaturmaßnahmen fällig werden, die dann zusätzliche Kosten verursachen.

Museum für Bayerische Geschichte und Haus der Musik

Wenn wir mit dem Museum der Bayerischen Geschichte ein staatliches Museum nach Regensburg bekommen, dann ist das zweifellos sehr erfreulich und kann ein Gewinn für die Stadt werden. Ein paar Bedenken sind angesichts der Äußerungen des Direktors des Hauses der Bayerischen Geschichte in Augsburg, Richard Loibl, angebracht: „Das Museum der

Bayerischen Geschichte soll freilich einen städtebaulich modernen Kontrast zur Altstadt setzen. Aus einem international ausgeschriebenen Architektenwettbewerb soll bis Ende 2012, [...] ein futuristisch anmutendes Museumsmodell hervorgehen.“¹

Dem müssen wir vehement widersprechen: Am Donaumarkt, wo städtebauliche Reparatur stattfinden soll, muss vor allem ein städtebaulich verträgliches Gebäude entstehen, dass sich in den vorhandenen Kontext einfügt. Solche Vorgaben sind nicht sinnvoll.

Um es vorneweg zu sagen, wir können uns durchaus mit dem Donaumarkt für das Landesmuseum anfreunden. Aber wieder einmal wurde eine Standortentscheidung hinter verschlossenen Türen unter Umgehung des Stadtrates getroffen.

Jetzt werden manche vielleicht sagen: Was soll das noch bringen, hier hinterher zu tarocken? Es geht uns darum, dass in Zukunft solche Vorhaben nicht im Alleingang beschlossen, sondern vorher diskutiert werden und zwar im Stadtrat. Wie wir aus der Presse erfahren konnten, wird uns dieses Museum nicht „geschenkt“.

Es ist auch eine fadenscheinige Begründung, dass eine Debatte über den Standort aus Zeitmangel nicht möglich gewesen wäre. Bald nach der Landtagswahl kündigte Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung vom Dezember 2008 dieses Museum an. Zwar wurde der Kriterienkatalog für die Museumsbewerbung der Städte erst Mitte Mai 2011 vom Ministerrat vereinbart. Aber er enthält keinerlei überraschende oder nicht zu erwartende Punkte, so z.B. gute Verkehrsanbindung innerhalb Bayerns oder symbolträchtiger Ort für die Geschichte Bayerns. Zwischen Ende 2008 und der Abgabe der Bewerbung am 15. Juli 2011 hätte genügend Zeit zur Verfügung gestanden, um über den besten Standort zu diskutieren.

Jeder weiß, dass die öffentliche Fläche freigehalten worden ist, um darüber zu diskutieren, was an dieser Stelle gebaut werden sollte. Diese Diskussion hat nie stattgefunden. Stattdessen wurde der Stadtrat – wieder einmal - mit dem Donaumarkt vor vollendete Tatsachen gestellt.

Hier muss auch nochmals das Haus der Musik erwähnt werden. Wir halten das Konzept für sehr sinnvoll, der Standort im ehemaligen Präsidialpalais erscheint uns nicht geeignet. Das Gebäude bietet für eventuell notwendige Erweiterungen keine Möglichkeiten. Es hätte sicher einige Standorte in Regensburg gegeben, die für ein Haus der Musik zweckmäßiger gewesen wären, weil man mit einem Umbau eines Gebäude oder einem Neubau besser die speziellen Bedürfnisse der Musikschule bzw. des Gesamtkonzepts des Hauses umsetzen hätte können. Ein wichtiger Einwand ist auch: Dieses Haus hätte unbedingt einer breiten Öffentlichkeit, zugänglich gemacht werden müssen und nicht nur einer eingeschränkten Öffentlichkeit, d. h. den jeweils angemeldeten Schülern der Musikschule oder dem einen oder anderen Musikverein.

Sie, Herr Unger, haben gesagt, dass ein Museum der Bayerischen Geschichte im ehemaligen Polizeipräsidium nicht möglich wäre, weil die Raumhöhe nicht ausreichend sei. Das trifft zwar für das oberste Stockwerk zu. Man hätte aber auch prüfen können, ob man das schräg gegenüberliegende ehemalige Gymnasium am Beraterweg, wo sich jetzt ein Teil der Bezirksregierung befindet, zusätzlich hätte nutzen können.

Am Bismarckplatz wären die historischen Bezüge viel eindeutiger gewesen: mit der ehemals französischen Botschaft, der ehemals württembergischen Botschaft und der Gesandtenstraße manifestiert sich hier noch die Geschichte der ehemals freien Reichstadt. Man hätte

¹ Augsburg Allgemeine, 7.12.11: <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/25-Staedte-haben-sich-beworben-Regensburg-ist-es-geworden-id17835981.html>

zumindest einmal in diese Richtung weiterdenken und konzeptionell arbeiten und dann diese Möglichkeit prüfen müssen.

In einer Presseerklärung des Bayerischen Wissenschaftsministeriums vom 7.12.11 heißt es: „Die Stadt Regensburg hat ihre Bereitschaft signalisiert, sich umfassend für das Projekt zu engagieren. Sie will sich an den Baukosten in Millionenhöhe beteiligen [...]. Die Gesamtkosten für Bau und Inneneinrichtung schätzt die Oberste Baubehörde auf circa 61,5 Millionen Euro. Die Stadt Regensburg hat bereits zugesagt, dass sie sich mit einem maßgeblichen Anteil daran beteiligen will.“² Der Presse konnte man entnehmen, dass die Stadt allein für den Museumsbau ca. 10 Millionen übernehmen soll, hinzu kommen dann Kosten für Infrastrukturmaßnahmen.

Die Stadtspitze macht großzügig Versprechungen in Millionenhöhe ohne den Stadtrat zu befragen. Wir dürfen dies dann in einer der nächsten Stadtratsitzungen nachträglich abnicken. Bestürzend ist, dass dieses undemokratische Vorgehen sowohl bei der Standortfestlegung als auch bei den Kosten nur mit Stillhalten der SPD oder sogar mit ihrer expliziten Zustimmung durchgesetzt werden konnte.

Da solche Projekte regelmäßig deutlich teurer kommen, können wir vermutlich auch damit rechnen, dass die Beteiligung der Stadt Regensburg um einiges höher als 10 Millionen ausfallen wird.

Man fragt sich, warum die Stadtspitze sich nicht schon bei der Bewerbung um den Museumsstandort erkundigt hat, was finanziell auf die Stadt zukommen könnte. Dann hätte man z. B. in der Julisitzung des Stadtrates, also nach der Bewerbung Mitte Juli, den Stadtrat darüber informieren können, dass im Falle eines Zuschlags die Stadt mehrere Millionen zu tragen hätte. Oder wollte man vielleicht in dieser Stadtratssitzung, in der über das Fußballstadion entschieden wurde, nicht noch einen zweiten höheren Millionenbetrag ins Spiel bringen?

Wäre es angesichts der sehr hohen Ausgaben für ein Fußballstadion nicht die Pflicht der Regierungskoalition gewesen, darauf hinzuweisen? Wäre die Zustimmung für ein Fußballstadion dann wirklich so eindeutig ausgefallen?

Warum müssen hier so wichtige und kostspielige Investitionen im Hauruckverfahren durchgeboxt werden?

Informationspolitik

Bei der Einführung einer „Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption bei der Stadt Regensburg“, hat man auf halber Strecke angehalten. Der große Bereich der stadteigenen Betriebe blieb wieder unberücksichtigt, obwohl da die Anfälligkeiten für Korruption besonders groß sind. Diese Halbherzigkeit hat sich schon bei der Einführung der Informationsfreiheitssatzung gezeigt, wo die SPD noch bei der Beratung umgefallen ist und die städtischen Töchter heraus streichen lies. Bei den städtischen Unternehmen wäre eine größere Transparenz von höchster Wichtigkeit. Transparency Deutschland mahnt an, dass z.B. Sponsoring-Leistungen städtischer Unternehmen vollständig offenzulegen sind. Dies gelte bei der Entgegennahme wie bei der Vergabe von Geldern und Leistungen. Es müsse ausgeschlossen werden, dass kommunale Unternehmen Teile von Bürgerabgaben für derartige Zwecke einsetzen. Sponsoring dürfe nicht als „Anfüttern der politischen Landschaft“ missbraucht werden.

² <http://www.stmwfk.bayern.de/Presse/PressemeldungenDetail.aspx?NewsID=2422>

Aber wer gedacht hat, mit der SPD würde sich das Vorenthalten von Information nicht machen lassen, sieht sich enttäuscht. Selbst Sozialbürgermeister Wolbergs verschickt bisweilen Einladungen nur an die Fraktionen und nicht an Einzelstadträte – so z. B. vor kurzem zur Fortschreibung des Berichts zur sozialen Lage -, auch wenn er das vorher ausdrücklich zugesagt hat. Für die Einladung zum 70sten Geburtstag der Oberbürgermeisterin a. D. Christa Meier wurde für jede Fraktion ein Vertreter eingeladen, nicht für die Linke. Dass der Oberbürgermeister sogar bei der Geburtstagsfeier in dieser Art selektiert, stellt eine Art der Bevormundung der zu Feiernden dar.

Ist das bei einer Geburtstageinladung noch eine Frage des, naja sagen wir einmal des Geschmacks, so ist das bei Informationen, die im Vorfeld von Entscheidungen verteilt werden, eine Frage von Demokratie und lässt eine demokratiefeindliche Grundeinstellung vermuten. Dr. Josef Ziegler, der bis 2010 der Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule war, schreibt in einem Aufsatz: „Wenn es Sitzungsunterlagen gibt, müssen diese allen Gemeinderatsmitgliedern in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Soweit diese nur den Fraktionen zugehen, müssen sie auch den nicht in Fraktionen organisierten Einzelmitgliedern überlassen werden. Entsprechendes gilt für Fraktionsführerbesprechungen. Lädt ein Bürgermeister oder Landrat dazu ein, muss er auch den Einzelgängern im Rat die Gelegenheit zur Teilnahme geben.“ Leider wird unsere Verwaltung von einem Oberbürgermeister geführt, der diese Art des Umgangs mit gewählten Stadträten für Politik hält und seinem Koalitionspartner ist die Demokratie leider nicht so viel Wert, dass man dagegen etwas unternehmen würde, hat es doch den Effekt dem politischen Gegner zu schaden, Demokratie hin oder her. Die SPD weiß aus langjähriger Oppositionserfahrung, was es heißt, ein Informationsdefizit zu haben, aber wenn sie in der Position sind, etwas zu ändern, wird in gleicher Weise verfahren. Nicht wirklich überraschend, aber trotzdem erschütternd ist Ihre Aussage, Herr Bürgermeister Wolbergs, dass Sie sich bis zum Erbrechen loyal gezeigt hätten.

Doch wollen wir auch Positives hervorheben. Unsere Anträge zur sozial-ökologischen Beschaffung, nämlich der Beitritt bei der internationalen Organisation ICLEI, und zum Stadtarchiv wurden einstimmig beschlossen. Das wäre sicher nicht ohne Unterstützung der SPD durchgegangen. Dafür unser Dank an Sie. Dass Sie mir dann, Herr Oberbürgermeister bei der Vorstellung der Anträge zur sozial-ökologischen Beschaffung im Stadtrat das Mikrofon abdrehen, zeigt, wie sehr Sie einem Freund-Feind-Denken unterliegen und dann die Demokratie links liegen lassen. Dass die Umsetzung eines Antrags der Linken fünf Monate gedauert hat, deutet darauf hin, dass dies anscheinend eine hochkomplizierte Angelegenheit ist.

Sie, Herr Schlegel, verwenden irrsinnig viel Zeit und Energie darauf, Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, die eine andere oder kritische Meinung äußern, zu diffamieren. Man gewinnt den Eindruck, dass Sie sich permanent im Wahlkampf befinden. Sie bewerten nicht das Sachargument, sondern die Person, die sich äußert. Sie argumentieren nicht, Sie diffamieren.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Es gibt durchaus viele Investitionen im Haushalt, die wir gut finden und denen wir zustimmen wie die zusätzlichen Investitionen im Schulbereich oder die freiwilligen Leistungen, um nur zwei zu nennen. Aber vor allem mit dem Fußballstadion schaffen wir uns einen Klotz am Bein. Das Stadion, dessen Kosten auf die Lebenszeit von mindestens 30 Jahren an einen dreistelligen Millionenbetrag heranreichen, ist angesichts der derzeit nicht kalkulierbaren weltwirtschaftlichen Lage ein äußerst riskantes

Vorhaben. Viele dringende Investitionen und Zukunftsaufgaben werden wir nicht oder nicht in dem Umfang schultern können, wie es notwendig wäre: den ÖPNV, insbesondere den schienengebundenen, energetische Sanierungen, weitere Sanierungen bei Schulen, die Einhäusigkeit der FOS/BOS und die Kinderbetreuung. Wir lehnen den Haushalt ab, weil er soziale Belange zu wenig berücksichtigt und in einigen ganz wesentlichen Fragen nicht nachhaltig und vorausschauend ist.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung und allen Mitarbeitern dieses Hauses für die geleistete Arbeit. Wir bedanken uns auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, mit denen wir kollegial und sachlich reden konnten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.